

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 6. Dezember hatte Reichsfinanzminister Erzberger zum ersten Male Gelegenheit, in eine entschlossene Verteidigung der neuen Steuervorlagen einzutreten. Seine Einführungrede ein paar Tage vorher gab ja nur programmatiche Ausführungen über die Finanzlage und ihre Ordnung, sowie sie sich in der Auffassung der Regierung spiegelten. Am Sonnabend aber hatte Erzberger Gelegenheit, aus Anlaß der Angriffe, die von dem Abg. Düringer als dem Vertreter der Rechten, in unbeugbarer Opposition stehenden Rechtspartei gegen die Finanzpolitik der jetzigen Regierung überhaupt gerichtet wurden, auf die großen Grundzüge, insbesondere die treibenden Motive der neuen Reform näher einzugehen. Erzberger hatte sich insbesondere gegen drei Vorwürfe zu wehren. Die neuen Steuern stellten eine zu große Belastung dar, sie würden zweitens die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht berücksichtigen und ihre Tendenz und Wirkung sei drittens antisozial.

Es war nicht schwer für Erzberger, diese Vorhaltungen zu entkräften. Mit Recht wußt er die Frage auf, woher man denn die Rätsen für die Kriegsanleihen nehmen sollte, die in der höchsten Not des Vaterlandes Witwen und Waisen gezeichnet hätten. Soll man gerade diese Kreise nun leiden lassen? Die Rechte sah auf diese Neuerungen bestossen da und mühete sich frapphaft, ihre Verlegenheit zu verbergen. Zwischen Zentrum und der Rechten kam es zu sehr heftigen Zwischenrufen über diese Punkte. Erzberger vertheidigte bei der Kritik der Rechten die positiven Gegenvorschläge. „Wo sind Ihre Vorschläge?“ so fragte er die Rechten, die wiederum keine Antwort wußten. Abg. Düringer hatte wieder die Sparprämienanleihe bekämpft und für den Gedanken einer Zwangsanleihe sich ausgesprochen. Auch in diesem Punkte war es Erzberger sehr leicht gemacht, schlagende und beweiskräftige Biderlegungen zu führen. Mit einer Zwangsanleihe, die höchstens 30 Milliarden Mark bringen könnte, sei das große Finanzproblem des deutschen Reiches nicht zu lösen. Dabei ist aber noch zu beachten, daß eine Zwangsanleihe sofort oder doch in einer sehr kurzen Frist, etwa innerhalb 3–6 Monaten beschafft werden müßt. Damit würde aber das Wirtschaftsleben erst recht ruiniert. Über Erzberger wies der Rechten einen Ausweg. Er sagte, daß er sich auf Einzelheiten des Finanzentwurfs der Regierung durchaus nicht festlege. Wenn also die Rechten zustimmen, daß ein Teil der neuen Steuern sofort begahlt würde, dann hätte man ja den Effekt einer Zwangsanleihe und der Wunsch der Rechten sei erfüllt. Das ganze Haus stimmte Erzberger demonstrativ zu, aber die Rechten beharrte auf die Frage Erzbergers: „Wollen Sie das?“ in eisigen Schweigen. Und nun war Erzberger vollständig im Recht, wenn er erklärte, daß nicht sozialistisch, sondern rein partei-agitatorisch und demagogische Absichten für dieses Verhalten der äußersten Rechten in Frage kämen. Zu einer Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte erklärte sich Erzberger durchaus bereit, aber immer muß im Kluge behalten werden, daß eben 24 Milliarden Mark herauskommen müssen. Wir wollen nur wünschen, daß in der Kommission eine gründliche und erprobliche Arbeit zum Nutzen der Bevölkerung geleistet wird. Die Rechten sollte nun auch endlich ihre agitatorischen „Bedürfnisse“ etwas zurückstellen.

### Vertretertag der kathol. Organisationen Deutschlands

Das Zentralkomitee für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands hielt am 3. Dezember in Berlin unter Leitung desstellvertretenden Vorsitzenden Fürsten zu Löwenstein eine Sitzung ab. Nachdem durch den Krieg und seine Folgen die Arbeiten des Zentralkomitees unterbrochen waren, werden sie nunmehr wieder aufgenommen. Es wurde beschlossen, zunächst im Jahre 1920 einen Vertretertag der katholischen Organisationen Deutschlands in einer günstig gelegenen Stadt Mitteldeutschlands abzuhalten und mit ihm in einem Tage eine allgemeine öffentliche Versammlung zu verbinden. Die in ihr behandelten Gegenstände sollen dann im Laufe auf den Einzel-Katholikentagen weiter behandelt werden. Diese haben sich im letzten Jahre überall sehr bewährt, und es ist ebenso wünschenswert wie zu erhoffen, daß sie in der Zukunft insbesondere es sich anzeigen lassen, die Ideen und Anregungen des großen Katholikentages hernach in die einzelnen Landesteile hineinzuleiten. Im Auftrage des Zentralkomitees gibt Dr. Nöhling die „Geschichte der Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands 1848–1913“ (zwei Bände) heraus, deren erster Band gegen Ende dieses Jahres ausgegeben wird (Berlin Niedendorf in Münster, für die ständigen Mitglieder der Generalversammlung zum Vorzugspreis). Das Werk stellt sich im wesentlichen dar als eine Geschichte der katholischen Bewegung während des 19. Jahrhunderts. Anmeldungen zur Subskription wie zur ständigen Mitgliedschaft nimmt das Generalsekretariat, Münster i. W., Nr. 12, entgegen. Über Ort und Zeit des Vertretertags, der voraussichtlich im Herbst 1920 stattfindet, erfolgen demnächst weitere Mitteilungen.

### Eine Rede des Reichskanzlers

Berlin, 6. Dezember. Bei dem heutigen Empfangsabend des Vereins Berliner Presse im Berliner Rathaus hat der Reichskanzler eine hochbedeutende politische Rede gehalten. Er knüpfte an den Gründon des Abends an, indem er mit warmen Worten für das Berlin der Arbeit eindruck. Mit kurzen Zeichen zeichnete er die Gründe, aus denen die Mithilfe gegen Berlin ihre Kräfte zog, vor allem die Tatsache, daß die Reichshauptstadt während des Krieges und auch heute noch der Ausgangspunkt aller wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen sein mußte, die so lief und umgelenkt in das Leben jedes einzelnen eingeschritten haben. Der Reichskanzler lehnte es ab, die er Branc-

hente, wo der wirtschaftliche Schwäche ihn noch nicht entbehren könne, völlig abzubauen. Auch anderen gewaltstörenden Mitteln zur Erleichterung der Verhältnisse, insbesondere die von der Landwirtschaft geforderte Erhöhung der Preise auf den Weltmarktpreis, konnte er nicht zustimmen und schilderte in eindringlicher Weise die Folgen einer solchen Maßregel, die schließlich zur vollständigen Geldentwertung und damit zum Bankrott führen müsse. Das Heil des ganzen Volkes und damit auch der Landwirtschaft, der er jede Förderung zusagte, liege in der Stärkung der Arbeitslust und des Arbeitswillens der Industriearbeiter, „en für alle“ als Wahlspruch: Nicht diskutieren, sondern produzieren.

Übergehend zu den Fragen der äußeren Politik, beschäftigte sich der Kanzler eingehend mit den ernsten Entscheidungen der nächsten Tage und Wochen. Es stünde aus: Es ist verschiedentlich die Behauptung aufgetreten, die Verhandlungen über das Schlusprotokoll und vor allem über die neuen, im Friedensvertrag nicht enthaltenen Ablösungen seien von uns verzögert oder gar unterbrochen worden. Lassen Sie mich an die Tatsachen erinnern, aus ihnen wird das Unrichtige aller dieser Behauptungen hervorgehen.

Am 24. November ist der zweite zu diesen Verhandlungen Bevollmächtigte Herr v. Simson nach Berlin zurückgekehrt, um neue Instruktionen einzuholen. Das Verharren des Verbandes auf seinen Strafforderungen machte diese Rückkehr und eine neue Stellungnahme der Reichsregierung notwendig. Am 26. bereits erging diese neue Instruktion an den in Paris gebliebenen bevollmächtigten Unterhändler, den Herrn v. Versner, der daraufhin sofort die Befreiungen fortsetzte. Am selben Tage kam die französische Note, in der der Oberste Rat sich mit der Abreise des Herrn v. Simson beschäftigt und Auskunft über die Absichten der deutschen Regierung verlangt. Am 28. November empfing Herr v. Versner auch darüber die eingehendsten Instruktionen, die er am Montag den 1. Dezember in ausführlicher Unterhaltung Herrn Dutasta vortrug. Darin war unter Schiedsaufschlüsselung an erster Stelle enthalten und Herr Dutasta vertrat, uns holdmäßigt die Antwort zukommen zu lassen, damit wir Unterhändler und Sachverständige zu den dann notwendig werdenden weiteren Verhandlungen entsenden können. Die Antwort steht heute noch aus, was wahrscheinlich keine Verjährung von unserer Seite genommen werden kann.

Wie sehr uns an der schleunigen Ratifikation und einer Errichtung des Protokolls gelegen ist, das mögen einige Stellen aus der Instruktion beweisen, die am 28. November nach Paris gegangen ist. Darin hieß es:

Die ausgesprochenen Zweifel an der aufrichtigen Absicht Deutschlands, die Bestimmungen des Waffenstillstandes und des Friedensvertrages zu erfüllen, sind unbegründet. Die deutsche Regierung verbietet sich gegen den Vorwurf, für die Verzögerung des Inkrafttretens des Friedensvertrages verantwortlich zu sein. Bereits am 16. Juli haben wir ratifiziert. Seitdem warten wir darauf, daß die zur Errichtung des ersten Ratifikationsprotokolls erforderliche Zahl ratifizierender Hauptmächte zusammenkomme. Der deutsche Vertreter in Paris war seit langem mit Vollmachten zur Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls vertraut. Erst am 2. November wurde uns davon Kenntnis gegeben, daß England, Frankreich und Italien die Ratifikation vollzogen haben. Diese drei Mächte haben aber nicht ihre Rechtswilligkeit erklärt, den Frieden durch Errichtung des Ratifikationsprotokolls ohne weiteres in Kraft zu setzen, sondern haben hierfür neue schwere Bedingungen gestellt, die in keiner Beziehung zum Friedensvertrag stehen. Die deutsche Regierung wünscht noch vor einer schleunigen Herstellung des Friedenszustandes durch Inkraftsetzung des Versailler Vertrages.

Der Reichskanzler schloß mit einem starken Aufruf, auf dieser Grundlage, auf der auch die übrige Mehrheit von Volk und Volksvertretung steht, zusammenzuhalten in Einigkeit und Recht.

### Mäßigung der Feinde?

Paris, 7. Dezember. Wie „Matin“ mitteilt, enthält die Note, die jedenfalls morgen dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation übergeben werden wird, eine Aufforderung an die deutsche Regierung, innerhalb einer bestimmten Frist auf die Vorschläge des Fünferates zu antworten. Sie enthält nur den Hinweis darauf, daß falls die deutsche Regierung das Zusatzprotokoll nicht unterzeichnet und damit den Austausch der Ratifikationsurkunden unmöglich machen werde, der Waffenstillstand gekündigt werden wird. Die Note soll hinsichtlich der Versenkung der Scapa-Flow-Schiffe im wesentlichen den Standpunkt, den der Fünferat eingenommen hat, aufrechterhalten, jedoch den vitalen Interessen des deutschen Wirtschaftslebens Mechanismus tragen. Die Note wird feststellen, daß die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich unverzüglich nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in die Heimat zurückbefördert werden. Eine weitere bedeutende Koncession wird hinsichtlich des Schlussaktes des Protokolls, der bekanntlich militärische Gegenmaßnahmen auch noch Wiederherstellung des Friedens voraussetzt, gemacht werden. Die Alliierten verzichten darauf, Deutschland besonderen Drohungen zu unterwerfen. Sie begnügten sich mit den Maßnahmen, die durch die Bestimmungen des Vertrages von Versailles vorgesehen seien. „Matin“ meint, der Fünferat sei Deutschland weit entgegengekommen, und die deutsche Regierung könne, ohne etwas von ihrer Autorität zu verlieren, das nunmehr geänderte Protokoll unterzeichnen. Es werde auch der deutschen Regierung leicht sein, auf etwaige Vorstellungen der Militärpartei zu antworten.

Gens, 7. Dezember. Eine Bestätigung der Meldung aus Amsterdam, wonach der Oberste Rat der deutschen Regierung eine Frist bis zum 18. Dezember zur Beantwortung der Note gewährt haben soll, liegt bisher nicht vor.

Berlin, 7. Dezember. Wie „Dena“ erfährt, beabsichtigt die Entente, wenn Deutschland die Zusatzprotokolle unterschreibt hat, die Ratifikation des Friedensvertrages am 24. Dezember, am Weihnachtstag, abzuschließen, um damit symbolisch auszudrücken, daß sie den Völkern gerade an diesem Tage den „Frieden auf Erden“ wiederbeschreibt.

### Englische Pressestimmen

Amsterdam, 7. Dezember. „Telegraaf“ aufgezeigt berichtet die englischen Blätter die Antwort der Alliierten an Deutschland. „Daily Express“ schreibt in einem Leitartikel: Der Beischluß, Deutschland jetzt einmal schaft anzufassen, sei verständlich und notwendig. Man müsse den Deutschen beibringen, daß die Alliierten sicher zu sein würden, gleichgültig, ob mit oder ohne Amerika. — „Daily Mail“ erklärt, die öffentliche Meinung in England gewähre jedem Vorgehen ihre volle Unterstützung, das danach angefangen sei, die Durchführung der Friedensbedingungen zu erzwingen. Die Regierung könne daraus holen, daß die Deutschen nicht auf den geringsten Solidaritätsdruck zwischen den Alliierten und Amerika rechnen dürfen. — „Morning Post“ schreibt: Es wird sich vielleicht als notwendig herausstellen, daß die alliierten Streitkräfte die Besatzungszone ausdehnen. Auf jeden Fall kann die deutsche Regierung versichert sein, daß ihre Zustift durchsucht wird und daß die alliierten Staatsmänner sehr gut wissen, daß weder Deutschland noch seine Politik sich auch nur im mindesten geändert haben.

### Militärische Vorbereitungen der Entente

Paris, 6. Dezember. Wie „Matin“ mitteilt, handelt es sich bei der Geheimberatung, die gestern vormittag am Quai d'Orsay nach Schluss der Sitzung des Fünferates zwischen den Vertretern von Frankreich, England, Amerika und Japan und Marshall Foch abgehalten ist, um einen Meinungsaustausch darüber, welche militärischen Maßnahmen zu ergreifen seien, wenn Deutschland sich weigere, das Zusatzprotokoll zum Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die Beratung soll heute vormittag fortgesetzt werden, und zwar im Beisein des englischen Marschalls Wilson, der eiligst aus London nach Paris berufen worden sei.

Rotterdam, 7. Dezember. Der „Nieuwe Rotterdamsche Cour“ meldet aus London: Der drohlose Bericht aus London meldet heute nachmittag, der Oberste Rat in Paris habe die Pläne für ein militärisches Vorgehen gegen Deutschland fertiggestellt. Man erklärte heute, daß eine Aufforderung an Deutschland zur Unterzeichnung des Protokolls gerichtet werden soll, die einem Ultimatum in gleichemmaße, denn Deutschland wird darin mitgeteilt, daß die Alliierten bei einer Weigerung Deutschlands Frankfurt und Esses besetzen werden. Foch und Clemenceau haben geäußert, daß nur ein Ultimatum die Atmosphäre klären könne.

### Das „neutrale“ Belgien

Paris, 7. Dezember. Bertinax kündigt im „Echo de Paris“ an, daß England und Frankreich sich entschlossen hätten, Belgien für die Dauer von fünf Jahren, also bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der Völkerbund in der Lage wäre, seine Garantie an Stelle der ihrigen zu setzen, seine territoriale Integrität zu garantieren. Als Gegenleistung verpflichtet sich Belgien, während der selben Zeitdauer Neutralität zu bewahren. Bertinax ist mit diesem Abkommen nicht zufrieden und sagt, es sei merkwürdig, daß man Belgien an dem englisch-amerikanisch-französischen Schlußvertrag nicht habe teilnehmen lassen. Bertinax nimmt auch Bezug auf die Neuheiten Robert Cecils in Liverpool. Dort habe dieser Athlet des Völkerbundes sich in klarer Weise gegen jede englisch-französisch-amerikanische Allianz ausgesprochen. Wenn derartige Tendenzen in Frankreich, England und Amerika vorherrschen, dann sei es unmöglich, länger vom Friedensvertrag von Versailles zu sprechen. Dann sei er nur ein leeres Papier.

### Der Fall „Santa Elena“

Berlin, 7. Dezember. Neben den Vorfällen mit dem Dampfer „Santa Elena“ erfahren wir aus Kiel: Am 4. Dez. vormittags wurde auf der Offiziersstation ein englischer Dampfer mit Kriegsgefangenen gemeldet. Als er in der Holtenauer Schleuse ankerte, kam die Meldung, daß ein Mann von Bord gegangen und von einer englischen Patrouille, die dabei drei bis vier Schiffe abgegeben habe, verfolgt wurde. Der Kommandeur der Offiziersstation ließ darauf die Schleuse durch Reichsdehr befreien. Die Kieler Polizei ging an Bord, um die Angelegenheit zu untersuchen. Die Leute, die sich auf dem Dampfer befanden, waren der Meinung, daß sie nach Danzig verschleppt werden sollten. Sie sind in England aus dem Gefangenenseiter auf Grund ihres polnischen Namens ausgeschickt worden. Die Leute äußerten die Befürchtung, daß sie zwangsweise in die polnische Legion eingereicht würden. Sie wurden in diesem Verdacht dadurch bestärkt, daß sich an Bord des Dampfers 400 polnische Legionäre befanden, ebenfalls frühere deutsche Kriegsgefangene, die auf englischem Druck hin in die Legion eingetreten sind. Auf den Hinweis, daß die Leute sich in deutschen Hoheitsgewässern befinden und daß der Begriff Kriegsgefangene jetzt überhaupt nicht mehr zutreffe, ließen der Kapitän und der englische Offizier, der das Begleitkommando führte, ungefähr 600 Leute, die nicht mehr auf dem Dampfer bleiben wollten, unter Protest frei. Sie wurden vorläufig nach Eckernförde bei Flensburg ins Durchgangslager gebracht. Ungefähr 50–100 Mann, und zwar alles Deutsche, sind auf dem Dampfer geblieben und gestern nachmittag nach Danzig weiter gefahren. Die militärische Besetzung der Schleuse wurde sofort aufgehoben. Die Meldung eines Berliner Blattes, daß sich unter den Leuten Süddeutsche befinden, trifft nicht zu. Es sind nur Bewohner der Abstimmungsgebiete im Osten. — Wegen der Durchfahrt des englischen Dampfers „Santa Elena“ mit deutschen Kriegsgefangenen